Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Ausschussbetreuender Fachbereich	Datum	
Allgemeine Verwaltung, Verwaltungssteuerung	26.09.2008	
	Schriftführung	Telefon-Nr.
	Christian Ruhe	02202/142237
Niederschrift		

Sitzung am Dienstag, 16. September 2008
Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)
17:06 Uhr - 19:32 Uhr
Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

Öffentlicher Teil A

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil
- **3.** Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses am 17.06.2008 - öffentlicher Teil 458/2008
- 4. Mitteilungen des Bürgermeisters
- Erklärung aller im Rat der Stadt Bergisch Gladbach vertretenen Fraktionen **4.a** und des Bürgermeisters gegen den Kongress "Nein zur Islamisierung - Nein zur Kölner Großmoschee"
- **5.** Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes Gemeinde Kürten - Beschluss der Stellungnahme der Stadt Bergisch Gladbach 532/2008
- 6. Raumordnungsverfahren RWE Erdgastransportleitung MET - Mitteleuropäische Transversale
 - Beschluss der Stellungnahme der Stadt Bergisch Gladbach 531/2008

7. Sachstandsbericht zum Einzelhandels- und Nahversorgungskonzept 534/2008

8. Haushaltsziele 2009

560/2008

9. Controllingbericht zum 30.06.2008

556/2008

10. Änderung der Anlage 1 zur Satzung über Ehrungen und Auszeichnungen durch die Stadt Bergisch Gladbach

500/2008

11. Gestattungsvertrag der Städte Köln und Bergisch Gladbach über die Vollstreckung auf dem Gebiet der Nachbarstadt

502/2008

12. Anschlussförderung der "Immobilien- und Standortgemeinschaft Hauptstraße e.V."

535/2008

13. Bericht aus der Sitzung des Integrationsbeirates

559/2008

14. Straßenbenennung;

Anregung vom 15.07.2008, einen Verbindungsweg zwischen dem Lichtenweg und der Schulstraße mit dem Namen St.- Rochus- Weg zu versehen

Antragsteller: Ortsring Sand, c/o Franz Schwamborn,

Am Kamelsbuckel 4, 51469 Bergisch Gladbach

474/2008 / 2

- 15. Anträge der Fraktionen
- 15.1 Antrag der CDU-Fraktion vom 26.05.2008 hinsichtlich des Umbaus der Kreuzung Odenthaler Straße/Hauptstraße sowie Erweiterung/Neubau einer Parkfläche im Einzugsbereich der oberen Hauptstraße

 543/2008
- 15.2 Antrag der SPD-Fraktion vom 25.06.2008 hinsichtlich eines Provisoriums für einen Parkplatz an der Alten Feuerwache und Vergrößerung des Parkplatzes Schnabelsmühle

544/2008

15.3 Antrag der FDP-Fraktion vom 18.08.2008 hinsichtlich einer gemischten soziokulturellen Nutzung der Alten Feuerwache 546/2008

15.4 Ergänzungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 26.08.2008 zum Antrag der FDP-Fraktion vom 18.08.2008 zur soziokulturellen Nutzung der

Alten Feuerwache 558/2008

- 16. Anfragen
- 16.1 Anfrage der FDP-Fraktion für die Sitzung des Hauptausschusses am 16.09.2008 zur rationellen Nutzung der Bürgerbüros 451/2008
- 16.2 Mündliche Anfragen der Ausschussmitglieder

B <u>Nichtöffentlicher Teil</u>

- 1. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung nichtöffentlicher Teil
- 2. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses am 17.06.2008 nichtöffentlicher Teil 459/2008
- 3. Mitteilungen des Bürgermeisters
- 4. Anträge der Fraktionen
- 5. Anfragen der Ausschussmitglieder

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1. <u>Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit</u>

(a)->

Bürgermeister Orth eröffnet die 22. Sitzung des Hauptausschusses in der siebten Wahlperiode. Er stellt fest, dass der Hauptausschuss ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist.

Für die Sitzung sind Frau Hammelrath, Herr Zalfen (beide SPD) und Herr Schütz (KIDitiative) entschuldigt. Sie werden vertreten durch Herrn Dr. Miege, Herrn Galley (beide SPD) und Herrn Sonnenberg (KIDitiative).

Herr Orth benennt daraufhin die für die Sitzung relevanten Unterlagen:

- die Einladung vom 03.09.2008 mit den dazugehörigen Vorlagen,
- den Controllingbericht 2008, Berichtszeitraum 2/2008,
- einen Antrag der SPD-Fraktion zur Erweiterung der Tagesordnung um den Beschluss einer Erklärung gegen den von der "Bürgerbewegung pro Köln" geplanten Kongress "Nein zur Islamisierung - Nein zur Kölner Großmoschee" als Tischvorlage.

Herr Orth erläutert, es bestünden seinerseits keine Bedenken, die Tagesordnung wegen äußerster Dringlichkeit um die Resolution gegen den sog. "Anti-Islamisierungskongress" zu erweitern, da die formalen Voraussetzungen des § 48 Absatz 1 GO NRW erfüllt seien. Der Kongress solle bereits am 19. und 20.09.2008 in Köln stattfinden. Er schlage daher vor, die Resolution als TOP 4.a in die Tagesordnung der heutigen Sitzung aufzunehmen.

Herr Orth schlägt außerdem vor, jeweils die TOP A 15.1 und A 15.2 (Vorlagen Nr. 543/2008 und Nr. 544/2008) sowie die TOP A 15.3 und A 15.4 (Vorlagen Nr. 546/2008 und Nr. 558/2008) wegen Sachzusammenhangs gemeinsam zu behandeln.

Mit diesen Vorschlägen zeigt sich der Hauptausschuss einvernehmlich einverstanden.

<-(a)

2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

(a)->

Die Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses am 17.06.2008 - öffentlicher Teil - wird genehmigt.

<-(a)

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptaus-

schusses am 17.06.2008 - öffentlicher Teil

@->

Der Hauptausschuss nimmt den schriftlichen Bericht zur Kenntnis.

<-(a)

4. <u>Mitteilungen des Bürgermeisters</u>

(a)->

Mitteilung über ein Gespräch mit dem Minister für Bauen und Verkehr des Landes NRW

Herr Orth berichtet über ein Gespräch einer städtischen Delegation - bestehend aus Bürgermeister, Stadtbaurat und Vertretern der Ratsfraktionen CDU und SPD - mit Herrn Minister Wittke, das kurz vor den Sommerferien stattgefunden habe. Inhalt des Gesprächs sei die Anbindung der Bergisch Gladbacher Innenstadt an die Bundesautobahn 4 gewesen, mit dem Ziel, diesem Projekt sowohl von Verwaltungsseite, als auch politisch Nachdruck zu verleihen. Dieses Ziel sei aus seiner Sicht erreicht worden und die Stadt sei auch weiterhin bestrebt, den Entscheidungsprozess auf Landesebene eng zu begleiten.

Herr Dr. Baeumle-Courth fragt, warum nicht alle Ratsfraktionen an diesem Gespräch beteiligt worden seien. Er habe von dem Gespräch aus der Presse erfahren.

Herr Orth antwortet, er habe dies nicht für angebracht gehalten.

<-(a)

4.a <u>Erklärung aller im Rat der Stadt Bergisch Gladbach vertretenen Fraktionen</u> und des Bürgermeisters gegen den Kongress "Nein zur Islamisierung - Nein zur Kölner Großmoschee"



Herr Orth weist auf den als Tischvorlage vorliegenden Resolutionstext hin, der von den Fraktionsvorsitzenden - mit Ausnahme des Vorsitzenden der Fraktion KIDitiative - unterzeichnet worden sei

Herr Waldschmidt bittet den Hauptausschuss, ein Bekenntnis zur Demokratie und Toleranz abzugeben und die Resolution zu unterstützen. Die Bürgerinnen und Bürger der Stadt sollten dazu aufgerufen werden, an den Demonstrationen gegen den geplanten Kongress teilzunehmen. Der Rat der Stadt Köln und die Räte benachbarter Kommunen hätten ähnliche Resolutionen verabschiedet.

Herr Sonnenberg berichtet, die Fraktion KIDitiative habe die Resolution nicht unterzeichnet, weil in der Begründung der Satz "Das gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass auch in Bergisch Gladbach eine Moschee existiert, die von einer Vielzahl von islamischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern regelmäßig besucht wird." enthalten sei. Die Fraktion KIDitiative beantrage eine ersatzlose Streichung dieses Satzes. Lediglich eine Minderheit der in Bergisch Gladbach lebenden Muslime besuche diese Moschee, die vom VIKZ e.V. betrieben werde. Dabei handele es sich um einen Verein, der sich beispielsweise gegenüber der muslimischen Glaubensrichtung der Alevi-

ten sehr abweisend und auch im Integrationsbeirat nicht sehr kooperativ und tolerant verhalte.

Herr Mömkes beantragt, den Satz nicht komplett, sondern nur den letzten Teil des Satzes zu streichen. Der Satz erhalte dann folgende Fassung: "Das gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass auch in Bergisch Gladbach eine Moschee existiert."

Frau Beisenherz-Galas signalisiert die Zustimmung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu dem Vorschlag von Herrn Mömkes. Zumindest dieser erste Satzteil müsse erhalten bleiben.

Frau Koshofer schließt sich dem Vorschlag von Herrn Mömkes an.

Herr Waldschmidt bittet darum, derartige Änderungswünsche künftig frühzeitig zu artikulieren. Er sehe jedoch kein Problem darin, den benannten Satzteil aus der Begründung zu streichen.

Für Herrn Lang stellt die Tatsache, dass in Bergisch Gladbach eine Moschee existiert, kein Argument für die Verabschiedung der Resolution dar. Tatsachen müssten nicht besonders erwähnt werden; er schließe sich daher der auch von der Fraktion KIDitiative vertretenen Auffassung an.

Herr Orth äußert seinen Unmut darüber, dass über einen lediglich feststellenden Satz in der Begründung der Resolution derart intensiv diskutiert werde. Zumindest die Feststellung, dass in Bergisch Gladbach eine Moschee existiere, solle in der Begründung belassen werden.

Herr Dr. Miege schließt sich dieser Auffassung an. Der geplante Kongress richte sich auch gegen den Bau einer "Großmoschee" in Köln; der feststellende Hinweis auf die Moschee in Bergisch Gladbach sei daher in der Begründung der Resolution durchaus angebracht. Herr Hoffstadt bekräftigt diese Ausführungen.

Frau Beisenherz-Galas fragt Herrn Lang, warum er die Resolution bereits unterschrieben habe, wenn er mit dem benannten Satz nicht einverstanden sei.

Herr Orth lässt daraufhin über den von der Fraktion KIDitiative beantragte, ersatzlose Streichung des Satzes "Das gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass auch in Bergisch Gladbach eine Moschee existiert, die von einer Vielzahl von islamischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern regelmäßig besucht wird." abstimmen.

Für die Streichung des gesamten Satzes stimmt die BfBB-Fraktion. Mit Gegenstimmen der übrigen Fraktionen wird dies bei einer Enthaltung aus den Reihen der FDP mehrheitlich abgelehnt.

Herr Orth lässt daraufhin über die Resolution in der von Herrn Mömkes beantragten Fassung - d.h. den letzten Satzteil des Satzes "Das gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass auch in Bergisch Gladbach eine Moschee existiert, die von einer Vielzahl von islamischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern regelmäßig besucht wird." zu streichen, so dass dieser die Fassung "Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass auch in Bergisch Gladbach eine Moschee existiert." erhält - abstimmen.

Die Resolution wird in der so modifizierten Fassung einstimmig angenommen.



5. <u>Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes Gemeinde Kürten</u> - Beschluss der Stellungnahme der Stadt Bergisch Gladbach



Frau Schmidt-Bolzmann schlägt eine Änderung der Sachdarstellung/Begründung der Vorlage vor. Im letzten Satz der Sachdarstellung solle das Wort "erwartet" durch das Wort "verlangt" ersetzt werden. Die durch ein Gewerbegebiet entstehenden Verkehrsprobleme würden die Stadt Bergisch Gladbach betreffen, nicht die Gemeinde Kürten. Sie erinnere daran, dass die Gemeinde Kürten schon einmal das Bestreben der Stadt Bergisch Gladbach, ein Gewerbegebiet einzurichten, abgeblockt habe. Die Stadt Bergisch Gladbach habe damals sogar in Erwartung dieses Gewerbegebietes Grundstücke erworben.

Herr Albrecht unterstützt diesen Vorschlag. Er ergänzt, die Stadt Bergisch Gladbach habe vor Jahren gemeinsam mit der Gemeinde Kürten einen Arbeitskreis gebildet, in dem über interkommunale Gewerbegebiete (Gewerbegebiet Spitze) diskutiert worden sei. Dies sei jedoch an der Gemeinde Kürten gescheitert. Seitens der Gemeinde Kürten werde nun "durch die Hintertüre" versucht, kleinere Gewerbegebiete auf Kürtener Stadtgebiet einzurichten, für die die Verkehrsinfrastruktur der Stadt Bergisch Gladbach genutzt werden solle, was zu erheblichen Verkehrsverdichtungen führen werde.

Herr Dr. Kassner fragt, ob das Vorhaben der Gemeinde Kürten eventuell rechtsfehlerhaft sei, denn in der Vorlage werde erläutert, dass "die verkehrlichen Auswirkungen (…) im Erläuterungsbericht nicht dargestellt" würden. Dies sei ein Einwand, den man der Gemeinde Kürten auch vorhalten solle. Die Stadt Bergisch Gladbach müsse sich jedoch auch Optionen für zukünftige eigene Planungen in diesem Bereich offen halten.

Herr Hagen als Teilnehmer des erwähnten Arbeitskreises ergänzt, es habe damals geheißen, die Genehmigungsbehörde werde die Genehmigung nur erteilen, wenn beide Kommunen zusammen den Plan der Einrichtung eines Gewerbegebietes verwirklichen, was dann an dem Ausstieg der Gemeinde Kürten gescheitert sei. In der Stellungnahme müsste nach dieser Logik eigentlich auf diese Grundbedingung hingewiesen werden. Er gehe deshalb davon aus, dass diese Grundbedingung nicht mehr bestehe.

Herr Schmickler antwortet, dass die von Herrn Hagen erläuterte Bedingung von der Bezirksregierung und vom Bezirksplanungsrat nur in Bezug auf die Flächen der Stadt Bergisch Gladbach, aber nicht in Bezug auf die Flächen der Gemeinde Kürten gestellt worden sei. Für die Gemeinde Kürten bestehe auf Grund dessen eine andere Ausgangslage als für die Stadt Bergisch Gladbach. Die Forderung der Hauptausschussmitglieder, dass die Gemeinde Kürten auf die Stadt Bergisch Gladbach zugehen müsse, sei daher angebracht, werde aber in der Vorlage auch deutlich.

Herr Lang beantragt, die Stadt Bergisch Gladbach solle ihre Bedenken gegen das Vorhaben der Gemeinde Kürten deutlich aussprechen.

Herr Orth entgegnet, dass dieses Anliegen in dem anfangs von Frau Schmidt-Bolzmann unterbreiteten Vorschlag zur Änderung der Stellungnahme verdeutlicht werde

Herr Dr. Miege formuliert den folgenden Änderungsvorschlag für den letzten Absatz der Sachdarstellung/Begründung: "Hinsichtlich der noch offen stehenden Ausweisung der gewerblichen Flächen in Spitze fordert die Stadt Bergisch Gladbach, dass die Gemeinde Kürten vor der endgültigen Zustimmung eine fundierte Verkehrsentwicklungsplanung vorlegt."

Herr Orth ergänzt, die Stadt Bergisch Gladbach habe nicht die Möglichkeit, das Vorhaben der Gemeinde Kürten zu verhindern; es solle vielmehr deutlich gemacht werden, dass man das Vorgehen der Gemeinde Kürten im Rahmen der Prinzipien einer "guten Nachbarschaft" für nicht akzeptabel halte.

Herr Schmickler erläutert, man habe im Rahmen einer langfristig orientierten Verkehrspolitik in den letzten Jahren mit vielen Maßnahmen daran gearbeitet, die Verkehrssituation zwischen dem Autobahnanschluss Moitzfeld bis nach Spitze zu verbessern. Er wolle auch verhindern, dass diese Arbeit durch Planungen der Gemeinde Kürten zu Nichte gemacht würde, gleichzeitig jedoch - wie von Herrn Dr. Kassner bereits dargestellt - auch Optionen für zukünftige eigene Planungen in diesem Bereich offen halten.

Herr Dr. Baeumle-Courth bittet um Darstellung der Bedeutung und Verbindlichkeit des sog. Erläuterungsberichtes. Dem Hauptausschuss liege weder eine Flächennutzungsplanänderung noch der Erläuterungsbericht vor. Herr Dr. Baeumle-Courth bezweifelt die Äußerungen von Herrn Dr. Kassner und Herrn Schmickler, dass durch die bloße Abgabe einer negativen Stellungnahme möglicherweise zukünftige eigene Planungen verhindert werden könnten. Die von Herrn Schmickler beschriebenen Maßnahmen seien jedoch eine "Rettung des Ist-Zustandes" und kein Ausbau der Straße gewesen, damit diese mehr Verkehr aufnehmen könne. Er sehe keinerlei Grund, sich gegenüber der Gemeinde Kürten zurück zu halten. Man solle deutlich Position beziehen.

Auch Herr Waldschmidt stellt sich die Frage, ob das Verfahren der Gemeinde Kürten, unmittelbar an der Gemeindegrenze ein Gewerbegebiet auszuweisen, den Verkehr über das angrenzende Gebiet der Stadt Bergisch Gladbach abfließen zu lassen, keine Darstellung der verkehrlichen Auswirkungen vorzunehmen und mit der Stadt Bergisch Gladbach keine Abstimmung vorzunehmen, rechtsfehlerhaft sei. Dies solle eindeutig in der Begründung formuliert werden.

Herr Mömkes schlägt vor, im vorletzten Satz der Sachdarstellung/Begründung vor dem Wort "Bedenken" das Wort "<u>deutlich</u>" einzufügen und im letzten Satz das Wort "erwartet" durch das Wort "<u>fordert</u>" zu ersetzen.

Frau Schmidt-Bolzmann bittet die Verwaltung, eine neue Stellungnahme zu erarbeiten, in der die ablehnende Haltung des Hauptausschusses deutlich werde. Der Hauptausschuss solle heute keinen Beschluss fassen.

Herr Schmickler erläutert, die Verwaltung habe aus Gründen der Fristwahrung die Stellungnahme bereits unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Hauptausschusses abgegeben. Er bitte den Hauptausschuss, heute eine Entscheidung zu treffen. Die rechtlichen Bedenken, die Herr Waldschmidt und Herr Dr. Kassner eingebracht haben, könne er gut nachvollziehen. Auch er halte das Vorgehen der Gemeinde Kürten für kritisch. Er erwarte, dass dies durch die Aufsichtsbehörde geklärt werde.

Herr Galley gibt zu Bedenken, dass das Gewerbegebiet auch positive Auswirkungen auf Bergisch Gladbach haben könne, z.B. durch das Entstehen neuer Arbeitsplätze. Natürlich solle die Stadt Bergisch Gladbach ihre Bedenken und Forderungen geltend machen, jedoch eher das Gespräch suchen, anstatt Klagen in Erwägung zu ziehen.

Für Herrn Hoffstadt gibt es auf Grund der zu erwartenden massiven Verkehrsprobleme keine Alternative zur Ablehnung der Neuaufstellung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Kürten durch die Stadt Bergisch Gladbach.

Frau Koshofer fordert eine verschärfte Formulierung, welche die vorgetragenen Bedenken deutlich macht.

Herr Schmickler bittet darum, die Formulierung "eine enge Abstimmung" im letzten Satz der Sachdarstellung/Begründung der Vorlage beizubehalten.

Dies wird auch von Herrn Orth bekräftigt. Die letzten beiden Sätze der Sachdarstellung/Begründung der Vorlage würden unter Berücksichtigung der vorgetragenen Änderungsvorschläge die folgende Fassung erhalten: "(…) Die Stadt Bergisch Gladbach macht daher gegen die Ausweisung der Gewerbegebiete sowie der gewerblich nutzbaren Mischbauflächen deutlich Bedenken geltend. Hinsichtlich der noch offen stehenden Ausweisung der gewerblichen Flächen in Spitze fordert die Stadt Bergisch Gladbach eine enge Abstimmung und dass die Gemeinde Kürten vor der endgültigen Zustimmung eine fundierte Verkehrsentwicklungsplanung vorlegt."

Der Hauptausschuss fasst daraufhin unter Berücksichtigung der so vereinbarten Änderungen in der Sachdarstellung/Begründung der Vorlage einstimmig bei Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgenden **Beschluss**:



Gemäß § 5 Absatz 2 Satz 1 Zuständigkeitsordnung wird die so geänderte Stellungnahme zur Neuaufstellung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Kürten beschlossen.



6. <u>Raumordnungsverfahren RWE Erdgastransportleitung MET - Mitteleuropäische Transversale</u>

- Beschluss der Stellungnahme der Stadt Bergisch Gladbach



Herr Schmickler erläutert, dass im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens - voraussichtlich Mitte des Jahres 2009 - eine Öffentlichkeitsbeteiligung vorgesehen sei. Der Bauherr RWE rechne derzeitig mit einem Baubeginn zwischen 2011 und 2013. Am heutigen Tag habe ein Anhörungstermin im Haus der Kreisverwaltung stattgefunden.

Frau Dr. Werheit berichtet, die Verwaltung habe aus Gründen der Fristwahrung auch die vorliegende Stellungnahme unter dem Vorbehalt der Entscheidung des Hauptaus-

schusses bereits abgegeben.

Frau Tatter erläutert, in der auf Seite 18 der Vorlage dargestellten Karte sei zu erkennen, dass die Gasleitung bei km 186 - zwischen Voiswinkel und Buschhorn - in Bergisch Gladbacher Stadtgebiet eintrete, dann durch das Naturschutzgebiet Fronnenbroich führe, den Hufer Weg kreuze, weiter bis zur Kempener Straße führe, von dort vorbei führe an den Pferdewiesen im Bereich der Kleingartenanlage Torringen bis zur Druckstation in Paffrath und von dort durch das Naturschutzgebiet Diepeschrath Richtung Waldsiedlung Heidgen. Die mögliche Verlegung durch die beiden Naturschutzgebiete werde seitens der Verwaltung kritisch beurteilt; am Hufer Weg und an der Kempener Straße sei eine dichte Bebauung vorhanden, die kaum eine alternative Leitungsführung zulasse. Die RWE AG habe deutlich gemacht, dass sie die Gasleitungen möglichst bündeln müsse. Auf der beschriebenen Trasse lägen bereits jetzt Gasleitungen. Während der Bauzeit der jetzt geplanten Gasleitung werde ein "Arbeitsstreifen" von ca. 30 Metern benötigt, der nach der Baumaßnahme wieder zurückgebaut und hergerichtet werde. Ein sechs Meter breiter Streifen müsse jedoch nach Abschluss der Baumaßnahme dauerhaft gehölzfrei bleiben, was abhängig von der Anzahl der vorhandenen Gasleitungen zu breiten Schneisen führe. Die Gasleitung führe von Tschechien nach Belgien, die Druckstation Paffrath müsse laut RWE aber in jedem Fall durchlaufen werden, was wenig Raum für eine alternative Trassenführung lasse.

Frau Dr. Werheit ergänzt, derzeit werde zunächst ein Raumordnungsverfahren durchgeführt, dessen Ziel der Abgleich mit den Vorgaben der Raumordnung und Landesplanung sei. Die in der Karte dargestellte Trassenführung sei der Korridor, für den dann ein Planfeststellungsverfahren durchgeführt werde. Die Verwaltung habe in dem heutigen Anhörungstermin die schon von Frau Tatter dargestellten Bedenken gegen die Trassenführung geäußert. RWE habe signalisiert, diesen Bedenken in einem Punkt eventuell durch eine Umgehung des Naturschutzgebietes Diepeschrath entgegen zu kommen. Die Verwaltung bevorzuge eine südliche Umgehung des Naturschutzgebietes, also die Variante Dünnwald Süd. Dies werde jedoch von der Stadt Köln abgelehnt, da Bodendenkmäler betroffen wären. Die Städte Köln, Leverkusen und Bergisch Gladbach sowie der Rheinisch-Bergische-Kreis hätten vorgeschlagen, einen regionalen Konsens erreichen zu wollen, was jedoch leider abgelehnt worden sei.

Herr Mömkes fragt, für welchen Zeitraum insbesondere die besiedelten Gebiete von der Baumaßnahme betroffen seien. Er frage sich, ob der Hauptausschuss heute überhaupt einen Beschluss fassen solle, wenn die Stadt Köln die Variante Dünnwald Süd kategorisch ablehne.

Herr Dr. Baeumle-Courth fordert insbesondere wegen des Eingriffs in Naturschutzgebiete eine Beteiligung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr. Dies würde bedeuten, dass der Hauptausschuss heute keinen Beschluss fassen könne. Herr Dr. Baeumle-Courth äußert seinen Unmut darüber, dass die Verwaltung auch im vorliegenden Fall ihre Stellungnahme bereits vor einer politischen Beschlussfassung abgegeben habe.

Frau Koshofer schließt sich dieser Auffassung an.

Herr Orth weist darauf hin, dass die Verwaltung alles daran setze, die Interessen der

Stadt Bergisch Gladbach durchzusetzen. Dies werde auch in der Vorlage deutlich. Gleichzeitig macht er darauf aufmerksam, dass die Leitungsverlegung aus Gründen der Versorgungssicherheit notwendig sei.

Herr Hagen macht darauf aufmerksam, dass die Gasleitung, die einen Durchmesser von einem Meter habe, auch durch bewohntes Gebiet führen solle. Es solle daher insbesondere an das Wohl der Menschen gedacht werden, die an einer solchen "Bombe" leben müssten. Naturschutzgebiete seien zwar ein schützenswertes Gut, könnten die durch die Leitungsverlegung entstehende Schneise jedoch wohl verkraften. Er fragt, ob die Verwaltung in dem Anhörungstermin auf den Beschluss des Landschaftsbeirates hingewiesen habe, dass die Verlegung der Leitung auf dem Gebiet des Rheinisch-Bergischen Kreises insgesamt abgelehnt werde, da es sich um eine Leitung handele, die nicht die regionale Versorgung sicher stelle, sondern nach Belgien führe und weil die Gasleitung grundsätzlich auch an anderer Stelle verlegt werden könne. RWE bevorzuge jedoch diese Trassenführung, um die bereits vorhandene Pumpstation Paffrath nutzen zu können und damit keine neue Pumpstation errichten zu müssen.

Frau Kreft bittet Herrn Dr. Baeumle-Courth und Frau Koshofer um Konkretisierung, warum auch der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr mit der Angelegenheit befasst werden solle. Sie habe den Eindruck, dass die Einflussmöglichkeiten der Stadt eher gering seien. Der Entscheidungsprozess werde dadurch unnötig verlängert.

Herr Lang fragt, seit wann die Verwaltung von dem Vorhaben der RWE AG wisse, wann die Frist zur Abgabe einer Stellungnahme abgelaufen sei, warum ggf. der Hauptausschuss erst heute mit der Angelegenheit befasst werde und ob man überhaupt noch Einflussmöglichkeiten auf den Verlauf der Gasleitung habe, nachdem die Verwaltung die Stellungnahme der Stadt bereits abgegeben habe.

Frau Dr. Werheit antwortet zusammenfassend auf die vorangegangenen Fragen, RWE rechne mit einem Baubeginn zwischen 2011 und 2013 bei einer Bauzeit von zwei bis drei Jahren. Ein Baubeginn 2011 sei wohl nur noch schwer einzuhalten. Die Verwaltung habe RWE diesbezüglich jedoch zu einer engen Abstimmung aufgefordert. Der Beschluss des Landschaftsbeirates sei der Verwaltung natürlich bekannt, man habe jedoch den Weg der konstruktiven Beteiligung an dem Verfahren gesucht, um die Möglichkeit der Einflussnahme zu wahren. Die Frist zur Abgabe der Stellungnahme sei am 22.08.2008 abgelaufen, die Aufforderung zur Stellungnahme sei am 04.06.2008 eingegangen. Die Bearbeitung der Stellungnahme sei sehr aufwendig und eine rechtzeitige Beteiligung des Hauptausschusses auch wegen der Schulferien nicht möglich gewesen. Die Stadt habe auch jetzt noch Einflussmöglichkeiten, insbesondere in Bezug auf die "Feintrassierung".

Herr Orth weist darauf hin, dass nach der Geschäftsordnung der Hauptausschuss für Stellungnahmen der Stadt zu Landes- und Regionalplanungen und damit auch für Stellungnahmen zu Raumordnungsverfahren zuständig sei.

Herr Dr. Kassner bittet die Hauptausschussmitglieder, ihren Blick auch auf das Gemeinwohl zu lenken, da es sich um eine europaweite Infrastrukturmaßnahme handele. Er befürworte daher die Vorgehensweise der Verwaltung und werde die Stellungnahme unterstützen.

Herr Albrecht fragt, ob RWE der Stadt einen Ausgleich in Form einer Konzessionsabgabe für das Verlegen der Gasleitung auf Bergisch Gladbacher Stadtgebiet angeboten habe.

Herr Dr. Baeumle-Courth signalisiert seine grundsätzliche Zustimmung zu der von Herrn Dr. Kassner vertretenen Einstellung. Allerdings würden derartige Vorhaben in der Regel durch das Erreichen eines Konsenses verwirklicht, was vorliegend jedoch gescheitert sei. In diesem Fall vertrete er die Auffassung, dass er als Ratsmitglied das Wohl und die Interessen der Stadt Bergisch Gladbach verfolgen müsse. Auch die Äußerung von Herrn Hagen finde in Bezug auf das Wohl der betroffenen Anwohner seine Zustimmung. Allerdings nehme die Verwaltung in der Vorlage auch nur zu den Auswirkungen auf die Naturschutzgebiete Stellung. Diesbezüglich sei der Hauptausschuss auch nicht der zuständige Fachausschuss.

Da unter anderem die Themen Naturschutz und Infrastruktur berührt seien, für welche der Sachverstand des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr notwendig sei, beantragt Frau Beisenherz-Galas eine Vertagung der Beschlussfassung mit der gleichzeitigen Verweisung der Vorlage an den Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr zur dortigen Beratung und Abgabe einer Stellungnahme.

Herr Galley spricht sich vor dem Hintergrund des von Herrn Hagen erwähnten möglichen Gefahrenpotentials einer Gasleitung dafür aus, die Möglichkeit zu prüfen, den Bau der Gasleitung auf Bergisch Gladbacher Stadtgebiet zu verhindern, sofern nichts dagegen spreche.

Herr Orth lässt daraufhin über den Antrag von Frau Beisenherz-Galas abstimmen:

Für den Antrag stimmen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, KIDitiative und BfBB. Mit Gegenstimmen von CDU und SPD wird der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Herr Mömkes bittet um Auskunft darüber, welche Gefahren von der geplanten Gasleitung ausgehen könnten.

Frau Beisenherz-Galas spricht sich für eine Prüfung alternativer Trassenführungen aus. Zudem solle die Frage von Herrn Albrecht beantwortet werden, ob die Stadt einen finanziellen Ausgleich dafür erhalte, dass die Erdgasleitung über Bergisch Gladbach Stadtgebiet führe.

Herr Lang kann nicht nachvollziehen, dass die Verwaltung auch in dem vorliegenden Fall eine Stellungnahme abgegeben habe, ohne zuvor die notwendigen Beschlüsse der zuständigen Ausschüsse einzuholen. Er erkenne in der Gemeindeordnung nur eine Möglichkeit, dass die Verwaltung vor einem entsprechenden Beschluss handeln könne, nämlich die Dringlichkeitsentscheidung. Er bitte darum, den Hinweis von Herrn Hagen ernst zu nehmen. Zudem bitte er um Erläuterung der Pläne, die der Vorlage beigefügt sind. Es sei ihm nicht ersichtlich, was die verschiedenen Liniengestaltungen in den Plänen zu bedeuten hätten.

Herr Waldschmidt bittet um Erläuterung, warum es unabdingbar sei, dass die Erdgasleitung über die Pumpstation Paffrath laufen müsse.

Frau Dr. Werheit weist darauf hin, dass die nun diskutierte Gasleitung auf Bergisch Gladbacher Stadtgebiet entlang einer bereits bestehenden Trasse verlegt werden solle. In Bezug auf die Sicherheit der Gasleitung bestünden keine Bedenken. Die Leitung verlaufe im Wesentlichen unterirdisch und sei daher auch nicht zugänglich. Die Stadt erhalte keine Konzessionsabgaben auf Grund der Verlegung der Gasleitung. Es würden seitens RWE lediglich Ausgleichsleistungen vorgenommen. Es sei der Verwaltung bewusst, dass das Abgeben einer Stellungnahme ohne vorherige Entscheidung des Hauptausschusses keinen günstigen Verfahrensablauf darstelle. Dabei sei auch die Möglichkeit einer Dringlichkeitsentscheidung in Erwägung gezogen worden, man habe sich jedoch für den Weg der Abgabe einer vorbehaltlichen Stellungnahme entschlossen. In der Karte auf Seite 18 stelle die rote Linie das Zentrum des zu untersuchenden Korridors dar, der an beiden Seiten durch jeweils eine schwarze Linie begrenzt werde. Innerhalb dieses Korridors solle die Gasleitung verlegt werden. Die genaue Festlegung des Leitungsverlaufs innerhalb des Korridors sei dann Inhalt des Planfeststellungsverfahrens. Die rot gestrichelte Linie stelle die von der Verwaltung bevorzugte Variante "Dünnwald Süd" dar, welche jedoch derzeit nicht weiter verfolgt werde, außer dass das Naturschutzgebiet Diepeschrath umgangen werden solle. In Bezug auf die Unumgänglichkeit der Pumpstation Paffrath antwortet Frau Dr. Werheit, die großräumigen Varianten seien nicht Inhalt des Raumordnungsverfahrens, sondern würden auf höherer Ebene als Frage der Raumordnung oder Regionalplanung geprüft.

Der Hauptausschuss fasst mehrheitlich gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und gegen eine Stimme aus den Reihen der CDU bei Enthaltung von FDP und KIDitiative folgenden **Beschluss**:



Der Hauptausschuss der Stadt Bergisch Gladbach beschließt gemäß § 5 Absatz 2 Satz 1 Zuständigkeitsordnung die Stellungnahme zum Raumordnungsverfahren RWE Erdgastransportleitung MET – Mitteleuropäische Transversale.

Die Stadt Bergisch Gladbach macht gegen die im Vorhaben bevorzugte Vorzugstrasse in der vorgelegten Form Bedenken geltend. Die Vorzugstrasse im Gebiet der Stadt Bergisch Gladbach ist im Hinblick auf die Belange des Naturschutzes kritisch und die Variantenprüfung unzureichend. Die Vorzugstrasse verursacht erhebliche Konfliktlagen. Aufgrund der Hochwertigkeit der betroffenen Naturschutz- und Landschaftsräume ist eine Untersuchung weiterer geeigneter Varianten erforderlich. Dabei sind u.a. die aktuellen Neuausweisungen durch den seit Juli rechtskräftigen Landschaftsplan Süd zu beachten. Das Bündelungsprinzip mit den bereits vorhandenen Transportleitungen kann auf dem Stadtgebiet Bergisch Gladbach nicht uneingeschränkt gelten.

Aufgrund der zurzeit vorliegenden Untersuchungsergebnisse wird aus Sicht der Stadt Bergisch Gladbach die Variante "Dünnwald Süd" gegenüber der Vorzugsvariante favorisiert. Grundsätzlich ist jedoch durch eine detailliertere Untersuchung der Varianten "Paffrath", "Dünnwald" sowie "Dünnwald Süd" zu prüfen, ob geringere Konflikte gegenüber der Vorzugsvariante erreicht werden können.

<-(a)

7. Sachstandsbericht zum Einzelhandels- und Nahversorgungskonzept



Herr Lang fragt, wann die Erarbeitung eines Einzelhandels- und Nahversorgungskonzeptes in Auftrag gegeben worden sei, ob es zutreffe, dass man versucht habe, die Mitglieder des Arbeitskreises zur Geheimhaltung zu verpflichten und ob es zutreffe, dass der Bürgermeister den Arbeitskreis gebildet habe.

Herr Orth antwortet, es handele sich um den begleitenden politischen Arbeitskreis, zu dem der Bürgermeister eingeladen habe. Es handele sich nicht um einen "geheimen" Arbeitskreis, er habe aber an die Anstandsregeln eines offenen Umgangs miteinander erinnert. Herr Schmickler ergänzt, die Vergabe des Auftrages sei im Juni 2008 erfolgt, im Arbeitskreis sei Vertraulichkeit vereinbart worden und der Arbeitskreis sei auf Beschluss des Hauptausschusses entstanden und somit mit den Fraktionen abgestimmt.

Herr Lang fragt, ob der Bürgermeister ernsthaft glaube, er könne einen Teilnehmer des Arbeitskreises davon abhalten, in seiner Fraktion aus dem Arbeitskreis zu berichten.

Herr Schmickler antwortet, dies sei nicht Gegenstand der Vereinbarung gewesen. Man habe lediglich darum gebeten, Vertraulichkeit zu wahren.

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

<-(a)

8. Haushaltsziele 2009



Herr Orth erläutert, die Haushaltsziele würden mit der Verabschiedung des Haushaltes in der Ratssitzung am 16.12.2008 beschlossen. Die Verwaltung lege die Haushaltsziele frühzeitig vor, damit diese ausführlich in den Fachausschüssen des Rates beraten werden können.

Herr Dr. Baeumle-Courth weist darauf hin, dass die politische Diskussion der Haushaltsziele ganz erheblichen Einfluss auf die Aufstellung des Haushaltes habe. Er sei erstaunt, dass es immer noch Bereiche gebe, mit denen die Verwaltung offenbar "ziellos glücklich" sei. Dies sollte in den Fachausschüssen dringend behoben werden.

Herr Nagelschmidt fragt, ob in Bezug auf die Höhe der Steuersätze, insbesondere der Gewerbe- und Grundsteuer, auch Ziele für die mittelfristige Finanzplanung aufgestellt worden seien.

Herr Mumdey antwortet, er habe in Bezug auf die Gewerbesteuer der Kämmerei die Vorgabe gegeben, von dem gleichen Steueraufkommen auszugehen wie in diesem Jahr. Sofern sich Änderungen ergeben sollten, werde er die Ratsmitglieder hierüber in den Beratungen informieren. Dies gelte beispielsweise auch für die Kreisumlage und die Gewinnabführung des Abwasserwerks. Die Höhe des Grundsteuer-Hebesatzes sei eine politische Entscheidung.

Herr Dr. Kassner spricht der Verwaltung sein Lob für die umfangreiche Vorlage aus und regt an, im nächsten Jahr die Änderungen im Bereich der Kennzahlen im Vergleich zum ablaufenden Haushaltsjahr und die Zielerreichung in die Darstellung aufzunehmen, damit Entwicklungen erkennbar würden. Auch die finanziellen Konsequenzen, die sich aus den Änderungen in den Zielen ergeben, seien nicht ersichtlich.

Herr Orth verweist Herrn Dr. Kassner in Bezug auf den aktuellen Stand der Zielerreichung auf den Controllingbericht zum 30.06.2008.

Herr Sonnenberg fragt, wann die von der Verwaltung für das Frühjahr 2008 angekündigten "Klausurtagungen in den Fachausschüssen", auf denen die von der Fraktion KIDitiative im Dezember 2007 beantragten Haushaltsziele erörtert werden sollten, stattfinden würden.

Herr Schäfer antwortet, es handele sich dabei seines Wissens um die Veranstaltung/Klausurtagung für den Jugendhilfeausschuss, in dem derzeit auf der Ebene mittelfristiger Ziele gearbeitet werde. Von einer generellen Zusage der Verwaltung für Klausurtagungen zu den Haushaltszielen für alle Ausschüsse sei ihm jedoch nichts bekannt. Grundsätzlich sei es so, dass die von der Verwaltung vorgeschlagenen Haushaltsziele und Haushaltsansätze nach der Einbringung des Haushaltes in den jeweiligen Fachausschüssen beraten würden. Der Hauptausschuss und der Finanz- und Liegenschaftsausschuss würden dann eine Empfehlung für den Rat aussprechen.

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

<-(a)

9. Controllingbericht zum 30.06.2008

<u>@</u>->

Herr Dr. Kassner spricht der Verwaltung sein Lob für die Vorlage aus. Er bemängelt jedoch, dass die Systematik der Nummerierung des Controllingberichtes nicht mit der Systematik der Nummerierung des Haushaltes übereinstimme, wodurch Vergleiche unmöglich würden.

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

<-(a)

10. Änderung der Anlage 1 zur Satzung über Ehrungen und Auszeichnungen durch die Stadt Bergisch Gladbach

<u>@</u>->

Der Hauptausschuss fasst einstimmig folgende Beschlussempfehlung:

<-(a)

Die Änderung der Anlage 1 zur Satzung über Ehrungen und Auszeichnungen durch die Stadt Bergisch Gladbach wird entsprechend der Anlage beschlossen.

<-(a)

11. <u>Gestattungsvertrag der Städte Köln und Bergisch Gladbach über die Vollstreckung auf dem Gebiet der Nachbarstadt</u>

(a)->

Herr Lang weist auf die ablehnende Kritik hin, die die BfBB-Fraktion an dem Vertragsentwurf geäußert habe. Die geäußerten Bedenken hätten sich bewahrheitet und die BfBB-Fraktion habe damit einmal mehr eine richtige Prognose abgegeben.

Herr Orth widerspricht dieser Darstellung.

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

<-(a)

12. <u>Anschlussförderung der "Immobilien- und Standortgemeinschaft Hauptstraße e.V."</u>

@->

Herr Waldschmidt erläutert, dass die in der Vorlage dargestellten, von der ISG umgesetzten - und auch mit städtischen Mitteln finanzierten - Maßnahmen im Grunde nicht das seien, was man sich von der Gründung einer ISG erhofft habe. Man habe vielmehr gehofft, dass ein privates Maßnahmenprogramm für die Innenstadt entstehen werde. Er fragt, ob es beabsichtigt sei, das in der Vorlage dargestellte Verfahren der "Zwangsbeitreibung" nach dem ISG-Gesetz einzurichten und ob diesbezüglich bereits Gespräche mit der ISG geführt worden seien.

Herr Orth entgegnet, er könne es nicht bestätigen, dass die ISG bisher nur "magere" Ergebnisse vorzuweisen habe. Er betone, dass die Fortschritte in der Entwicklung der Stadtmitte ohne die ISG wohl nicht denkbar gewesen wären. Über die Möglichkeiten nach dem ISG-Gesetz seien mit der ISG bisher keine Gespräche geführt worden. Die Verwaltung wolle diese Möglichkeit jedoch im Zusammenhang mit der Anschlussförderung der ISG zur Diskussion stellen.

Herr Hoffstadt fragt, ob und wann damit zu rechnen sei, dass man auch in Refrath eine ISG gründen könne.

Herr Schmickler antwortet, das ISG-Gesetz biete unter den dargestellten Voraussetzungen die neue Möglichkeit, die Immobilieneigentümer innerhalb des ISG-Gebietes zur Finanzierung eines Maßnahmeprogramms für private Maßnahmen heranzuziehen. Die derzeit bestehenden freiwilligen Interessengemeinschaften würden sich aus Händlern und Dienstleistern zusammensetzen, die in der Regel Mieter, und nicht Eigentümer von Immobilien seien. Die Gründung von Interessensgemeinschaften, für die keine "Zwangsbeiträge" erhoben werden, werde durch das ISG-Gesetz jedoch nicht verboten. Natürlich könne in Refrath jederzeit eine Interessengemeinschaft gegründet werden.

Herr Dr. Kassner kritisiert, dass die finanziellen Auswirkungen des Beschlusses nicht in dem dafür vorgesehenen Kasten am Ende der Vorlage aufgeführt würden.

Aus Sicht von Herrn Dr. Baeumle-Courth hat die ISG Hauptstraße schon einiges erreicht, es könne allerdings auch noch mehr erreicht werden. Es solle darüber nachgedacht werden, ob es für die ISG Hauptstraße nicht sinnvoll sei, eine Art "Center-Management" einzurichten. Es sei auch überlegenswert, das Parken gemeinsam zu managen. Die Verwaltung solle diese Vorschläge in die Gespräche einbringen und außerdem prüfen, ob die Einrichtung einer ISG nicht auch in Bensberg sinnvoll sei.

Herr Schmickler antwortet, dass die Verwaltung die Gründung einer solchen ISG gerne unterstütze. Die Initiative zur Gründung müsse jedoch von den Betroffenen selbst ergriffen werden; dies sei erfahrungsgemäß der entscheidende Erfolgsfaktor.

Der Hauptausschuss fasst einstimmig folgende Beschlussempfehlung:

<-<u>(a)</u>

Die Verwaltung wird ermächtigt, die Landesmittel für die Anschlussförderung des ISG-Projektes zu beantragen, den städtischen Eigenanteil in Höhe von 5.000 EUR aus Mitteln der Wirtschaftsförderung sicher zu stellen und mit der Weiterführung des Projektes das Büro Dr. Paul G. Jansen zu beauftragen.

<-<u>(a</u>

13. Bericht aus der Sitzung des Integrationsbeirates

(a)->

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

<-(a)

14. Straßenbenennung;

Anregung vom 15.07.2008, einen Verbindungsweg zwischen dem Lichtenweg und der Schulstraße mit dem Namen St.-Rochus-Weg zu versehen Antragsteller: Ortsring Sand, c/o Franz Schwamborn,

Am Kamelsbuckel 4, 51469 Bergisch Gladbach

@->

Herr Sonnenberg fragt, wie verbindlich die "Straßenreservevorschlagsliste" für die Straßenbenennung sei.

Herr Orth antwortet, diese sei nicht verbindlich, sondern ein Orientierungsleitfaden.

Der Hauptausschuss fasst einstimmig folgenden Beschluss:

<-<u>(a)</u>

Der Verbindungsweg zwischen dem Lichtenweg und der Schulstraße erhält den Namen St.-Rochus-Weg.

<-(a)

- 15. Anträge der Fraktionen
- 15.1 Antrag der CDU-Fraktion vom 26.05.2008 hinsichtlich des Umbaus der Kreuzung Odenthaler Straße/Hauptstraße sowie Erweiterung/Neubau einer Parkfläche im Einzugsbereich der oberen Hauptstraße

und

15.2 Antrag der SPD-Fraktion vom 25.06.2008 hinsichtlich eines Provisoriums für einen Parkplatz an der Alten Feuerwache und Vergrößerung des Parkplatzes Schnabelsmühle

(a)->

Herr Mömkes macht in Bezug auf den Antrag der CDU-Fraktion deutlich, dass es für die CDU-Fraktion außerordentlich wichtig sei, zeitnah über die Entwicklungen in den Werkstätten zu allen Themenbereichen informiert zu werden. Die CDU-Fraktion werde dem Vorschlag der Verwaltung in der Vorlage folgen.

Herr Waldschmidt spricht sich in Bezug auf den Antrag der SPD-Fraktion ebenfalls für den Verfahrensvorschlag der Verwaltung aus.

Der Hauptausschuss spricht sich einvernehmlich für die in den Vorlagen dargestellten Verfahrensvorschläge der Verwaltung aus.

<-(a)

15.3 <u>Antrag der FDP-Fraktion vom 18.08.2008 hinsichtlich einer gemischten soziokulturellen Nutzung der Alten Feuerwache</u>

und

15.4 <u>Ergänzungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 26.08.2008</u> <u>zum Antrag der FDP-Fraktion vom 18.08.2008 zur soziokulturellen Nutzung der</u> <u>Alten Feuerwache</u>

@->

Frau Beisenherz-Galas erläutert, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wolle die Alte Feuerwache erhalten und einen Abriss verhindern.

Frau Koshofer schließt sich dieser Auffassung an. Die Alte Feuerwache solle einer sozio-kulturellen Nutzung zugeführt werden.

Frau Beisenherz-Galas ergänzt, dass die Alte Feuerwache vor Allem der freien Kulturszene zu Gute kommen solle. Im oberen Teil des Gebäudes sollten Räume für Vereine, Verbände und Organisationen zur Verfügung gestellt werden, wenn das alte Arbeitsamt nicht mehr dafür genutzt werden könne.

Der Hauptausschuss spricht sich einvernehmlich für den in den Vorlagen dargestellten Verfahrensvorschlag der Verwaltung aus.

<-(a)

16. Anfragen

16.1 <u>Anfrage der FDP-Fraktion für die Sitzung des Hauptausschusses am 16.09.2008</u> zur rationellen Nutzung der Bürgerbüros

<u>@</u>->

Der Hauptausschuss nimmt die schriftliche Antwort zur Kenntnis.

<-(a)

16.2 <u>Mündliche Anfragen der Ausschussmitglieder</u>

(a)->

Herr Mömkes: Anfrage zum Einkaufscenter/Löwencenter Bensberg

Herr Mömkes fragt in Bezug auf das Einkaufscenter/Löwencenter Bensberg, ob mitt-

lerweile Mietverträge zwischen dem Eigentümer und den vom Bürgermeister genannten Mietern bestehen würden und wenn ja, wann diese Verträge unterschrieben und welche Vertragslaufzeiten vereinbart worden seien. Zudem wolle er wissen, welche Zusagen der Bürgermeister den Mietern auch in Bezug auf eine Öffnung der Fußgängerzone gemacht habe und ob es weitere Absprachen z.B. mit der Firma Rewe in Bezug auf andere Standorte in Bergisch Gladbach gebe und ob es Finanzierungsabsprachen oder -modelle gebe bezüglich einer Verbindung der Ebenen Steinstraße, Schlossstraße und Markt. Hier sei von einem Aufzug und einer Treppe die Rede gewesen. Ihn interessiere auch, ob für solche Maßnahmen Mittel im Haushalt vorgesehen seien und warum die Ratsmitglieder nicht im Vorfeld informiert worden seien.

Herr Orth antwortet, er könne keine Aussagen über mögliche Mietverträge treffen. Dazu lägen ihm einerseits keine Informationen vor; aus datenschutzrechtlichen Gründen könnte er aber andererseits auch keine Aussagen darüber treffen, wenn ihm derartige Informationen vorliegen würden. Es gebe keinerlei Zusagen der Stadt, auch nicht über z.B. die Öffnung der Fußgängerzone. Die einzige Zusage sei die einer "möglichst raschen Gestaltung des Entscheidungsprozesses". Dies sei im Interesse der Zukunft des Einkaufszentrums in Bensberg auch notwendig. Wenn eine derartig bedeutende Immobilie brach liege, so sei dies ein großes Problem. Er sei froh, dass es diesbezüglich Investoreninteresse gebe und jederzeit bereit, alle Hebel in Bewegung zu setzen, um zu positiven Entscheidungen – auch in Bezug auf die künftige Gestaltung des öffentlichen Raumes – zu gelangen. Hierzu werde voraussichtlich am 16. Oktober auch eine öffentliche Bürgerversammlung stattfinden. Auch der Firma Rewe seien unter Verweis auf die derzeitige Untersuchung der Einzelhandelsstruktur der Stadt Bergisch Gladbach und auf die Notwendigkeit politischer Entscheidungen keine Zusagen gemacht worden in Bezug auf diesen oder andere Standorte.

Herr Schmickler ergänzt, es sei eine ganz klare Forderung der Stadt, die Verbindungen von der Fußgängerzone bis zum Markt deutlich zu verbessern. Er sei froh über die Signale, dass man sowohl einen Aufzug, als auch eine großzügige Treppenanlage zwischen den Ebenen einrichten wolle. Er habe den Entwickler gebeten, zunächst alle Kosten zusammenzustellen. Erst dann würden Gespräche darüber geführt, wer welche Kosten trage. Herr Orth ergänzt, dass diese Kosten daher auch noch nicht im Haushalt veranschlagt seien.

Herr Dr. Baeumle-Courth: Anfrage zum Stand der Arbeiten an der Dolmanstraße

Herr Dr. Baeumle-Courth fragt, warum die Arbeiten am Fahrbahnbelag der Dolmanstraße derzeit ruhen würden und ob das in Refrath kursierende Gerücht, der Fahrbahnbelag sei fehlerhaft, seine Berechtigung habe.

Herr Schmickler antwortet, es sei ihm nicht bekannt, ob der aufgetragene Fahrbahnbelag fehlerhaft ist. Bei derartigen unter Druck ausgeführten Bauprojekten komme es jedoch durchaus vor, dass gegen Ende die Arbeiten etwas schleppender voran gehen würden.

<u>Herr Dr. Baeumle-Courth: Anfrage zur Klarstellungs- und Ergänzungssatzung Asselborn</u>

Herr Dr. Baeumle-Courth erläutert, es sei den Akten der Verwaltung zu entnehmen, dass diese auch nach dem ablehnenden Ratsbeschluss so weitergearbeitet habe, als ob der Rat die Klarstellungs- und Ergänzungssatzung Asselborn beschlossen habe. Herr Dr. Baeumle-Courth fragt, wie sich dies erklären lasse.

Herr Schmickler antwortet, wenn der Rat eine positive Entscheidung getroffen hätte, so wäre der nächste Arbeitsschritt die Bekanntmachung gewesen. Dies sei jedoch nicht erfolgt und er könne daher auch die Behauptung von Herrn Dr. Baeumle-Courth nicht nachvollziehen. Die Verwaltung habe sich bereits juristisch zu den Möglichkeiten nach dem Baugesetzbuch, das Verfahren an bestimmten Punkten wieder aufzugreifen, geäußert. Zu einer Wiederaufnahme des Verfahrens seien nach dem ablehnenden Ratsbeschluss auch konkrete Anträge eingegangen.

Herr Nagelschmidt: Anfrage zu den Parkplätzen an der Turnhalle Am Broich

Herr Nagelschmidt erläutert, die neue Turnhalle Am Broich sei umfangreich mit Parkplätzen versehen worden, für deren Benutzung bisher keine Parkgebühr zu entrichten sei. Er fragt, ob es dabei bleiben solle.

Herr Schmickler verweist auf eine schriftliche Beantwortung der Frage.

Herr Hoffstadt: Anfrage zur Markierung auf der Dolmanstraße

Herr Hoffstadt fragt, wann die Markierung auf der Dolmanstraße angebracht werde.

Herr Schmickler antwortet, dass dies kurzfristig geschehen werde.

Frau Beisenherz-Galas: Anfrage zum Nichtraucherschutz

Frau Beisenherz-Galas fragt, ob und wie die Verwaltung die Einhaltung des Nichtraucherschutzgesetzes in Gaststätten überprüfe.

Herr Widdenhöfer antwortet, der Gesetzgeber habe die Ordnungsbehörden ausdrücklich aufgefordert, keine flächendeckenden Kontrollen durchzuführen. Kontrollen zur Einhaltung des Nichtraucherschutzgesetzes sollten nur stichprobenartig im Zusammenhang mit anderen Überprüfungen im Rahmen der Schankerlaubnis durchgeführt werden.

Herr Galley fragt ergänzend, ob Beschwerden aus der Bevölkerung vorlägen und ob die Verwaltung diesen nachgegangen sei, was von Herrn Widdenhöfer bejaht wird.

Herr Orth schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

